

Die „Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Freitags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Grünen Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung im Voraus für den Monat April 35.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60.— M., für das übrige Ausland 67.— M.

Die abgedruckte Honorarliste über deren Namen folgt 12.— M. einschließlich Postzuschlag. Kleinanzeigen: Das festgesetzte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Postzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen; das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlagspreis Zentrum 152 00—152 00

# ZEITUNG

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Unternehmeroffensive!

Zum Metallarbeiterkampf in Süddeutschland

Seit geraumer Zeit tobt in Baden, Bayern und Württemberg in der Metallindustrie ein schwerer Kampf. Die letzten Berichte besagten, daß die süddeutschen Metallarbeiter mit überwältigender Majorität einen Vergleichsvorschlag ablehnten und gewillt sind, mit aller Kraft den Abwehrkampf einmütig weiterzuführen. Da es sich bei diesen Auseinandersetzungen um eminent wichtige ideelle und materielle Kampfsziele handelt, die die Gesamtarbeiterschaft in Deutschland auf das lebhafteste interessieren, und da der Ausgang dieses Ringens von einschneidender Bedeutung für die Lebenslage breiter proletarischer Schichten werden kann, ist es notwendig, ausführlich auf die Dinge einzugehen und die Motive hüben und drüben aufzuzeigen.

Den süddeutschen Metallarbeitern war es nach der Revolution möglich, die allgemeine 46-Stunden-Arbeitswoche einzuführen. Das deutsche Unternehmertum, wohlgenährt durch Krieg und Revolution, steht heute im Zeichen der sozialpolitischen Abwärtung! Sein Feldgeschrei ist: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Die Unternehmer verstehen dies in der Weise, daß in den alten technisch unzulänglichen Betrieben mit rückständiger Betriebsorganisation das Manko der Produktionsausbeute durch intensive Ausnutzung bis zur physischen Erschöpfung der Arbeiterschaft wettgemacht werden soll. So auch in Süddeutschland. Die 46-Stundenwoche ist der Stein des Anstoßes. Sie zu beschließen ist das vornehmste Ziel des süddeutschen Unternehmerlagers. Die süddeutschen Metallindustriellen sind dabei die Vorkämpfer in dem Streite. Gelingt dieser Streich, dann wird die Offensive auf breiter Grundlage überall im Reich eröffnet werden. Dem Ansturm der Unternehmer liegt ein wohlvorbereiteter Plan zugrunde.

Es sind jetzt zwei Monate her, daß die Metallarbeiter Süddeutschlands diesen Anschlag einmütig abwehrten, ein Vorgang, der dadurch noch an Bedeutung gewann, daß auch die Christen und Sirsiche mit den freien Verbänden eine Einheitsfront bildeten und mit ihnen darin einig waren, unter allen Umständen die 46-Stundenwoche zu erhalten. Die Unternehmer verlangten nichts anderes als die restlose Durchführung der 48-Stundenwoche. Das Arbeitsministerium setzte ein Schiedsgericht ein. In Karlsruhe wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der nach der Methode des Herrn Rumm Stückweise den Hundeschwanz abschlagen soll. Der Schiedsspruch sah einen sogenannten Uebergang vor. Vorläufig sollte die 47stündige und am 1. Juni die 48stündige Arbeitszeit durchgeführt werden. Die Abstimmung hatte das Ergebnis, daß 98 Prozent der süddeutschen Metallarbeiter diesen famosen Vergleichsvorschlag verwarfen.

Die Einheitsfront der süddeutschen Metallarbeiter steht ungeboren da. Sie kann auch nicht wankend gemacht werden durch den Versuch der Unternehmer, sich eine organisierte Streikbrechergarde zuzulegen. In Stuttgart veröffentlichte bereits eine solche Organisation, die sich „Deutscher Arbeiterbund“ nennt, einen Aufruf, worin der besonnene Teil der württembergischen Metallarbeiterschaft „aufgefordert wird, nicht länger dem Terror der freien Gewerkschaften zuzusehen.“

Ein interessantes Kapitel in diesem Ringen bildet die Haltung der bürgerlichen Presse. Für alle Arbeitnehmer gibt es keinen wertvolleren Anschauungspunkt als die, der ihnen die Bedeutung ihrer Presse veranschaulichen kann, als das schmächtige Verhalten der ganzen süddeutschen bürgerlichen Presse anlässlich dieses Kampfes. Während in jenen Spalten vorne die Stimmenswünsche „erbrütet“ werden, veröffentlicht die Metallindustriellen hinten im Inzeratenteil seitenslange Erklärungen, die die niedrigsten Verleumdungen enthalten. Die Wahlhandlung bei der Abstimmung der Arbeiter, die Zahl der Abstimmenden, von denen schon viele abwanderten usw. werden häßlich glosiert, trotzdem bei dieser ganzen Aktion seitens der Gewerkschaften strengste Objektivität beobachtet wurde. Das wissen natürlich auch die Soldschreiber der süddeutschen Industriemitter. Aber ihnen ist es nur um die Verdächtigung zu tun, sie wollen Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen. Außerordentlich wertvolle Hilfe leisten diesen Schrittmachern zur Verleumdung der Lage der deutschen Arbeiterschaft jene famosen rechtssozialistischen „Gutachter“ a la Lindemann und Kaliski, die im Interesse „volkswirtschaftlicher

#### Die Gewerkschaftsinternationale zur Weltlage

##### Resolution über die Wirtschaftslage Europas

Auf der von der Gewerkschaftsinternationale nach Genua einberufenen Konferenz wurde die nachfolgende Entschließung angenommen.

Im Augenblick, wo die in Genua versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern und wo sie unter dem Druck der Tatsachen die Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftskongress eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterschaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Ländern geforderte Werk des Wiederaufbaus nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die nach dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Verleumdung der Tatsache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verschärft durch die Wirkungen der Spekulation; durch den Umstand, daß sich die Produkte nicht nach den Bedürfnissen richten, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der, ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein, immer größere Macht über die gesamte Weltwirtschaft ausübt. Weil durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität vergaben, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Nationen bindet, ist die gewaltige Ungleichgewichtsverteilung entstanden, die in den reichen Ländern durch die Störung in der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitivsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerung aufzukommen.

Eine derartige Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen. Die Arbeiterkonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen hin, die diese Lage für die Arbeiterklasse nach sich zieht.

In einer Zeit, in der die volle Ausnutzung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen Ländern verschlimmert dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, zieht aber auch schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Die europäische Wirtschaftskrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden. Die zunehmende Lähmung der Produktion und des Handelsverkehrs können nur beseitigt werden, wenn alle Länder in den Besitz der für die Produktion unerlässlichen Mittel gelangen und damit in die Lage versetzt werden, sich das für den Lebensunterhalt Notwendige zu verschaffen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht kann nur wiederhergestellt werden, wenn alle Nationen aufgefordert werden, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an dieser gemeinsamen

Wiederaufbauarbeit teilzunehmen und zur Wiederherstellung des ganzen durch den Krieg und die bis jetzt vorherrschende Politik zerstörten Wirtschaftslebens beizutragen. Die Arbeiterkonferenz ist deshalb dafür, daß Rußland ohne Vorbehalt seinen Platz unter den europäischen Nationen wieder einzunehmen hat.

Bezüglich der Mittel zur Einseitigkeit der wirtschaftlichen Reorganisation Europas erinnert die Konferenz an die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London (November 1920) gefassten Beschlüsse, und weist in erster Linie auf die Valutafrage und die Frage der Verteilung der Rohstoffe hin.

Die gegenwärtige Ungleichgewichtsverteilung auf dem Gebiete der Währungen, die nie dagewesene Formen angenommen hat und es den Ländern mit schlechter Valuta unmöglich macht, sich aus eigenen Kräften zu erholen, kann nur durch eine solidarische Aktion aller Nationen beseitigt werden.

Die gewaltige Schuldenlast der europäischen Staaten verhindert die Wiedergesundung der Weltwirtschaft. Voraussetzung für diese Gesundung ist die gegenseitige Annulierung der seitens der europäischen Staaten während des Krieges eingegangenen Schulden. Es ist unbedingt notwendig, die Gewährung von Krediten ins Auge zu fassen auf Grund einer internationalen durch die Hilfsquellen aller europäischen Nationen garantierten Anleihe, die vom Völkerbund organisiert und deren Ertrag unter seiner Kontrolle dazu verwendet werden soll, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen.

Daneben hält die Konferenz eine Prüfung und sofortige Lösung der Probleme für unerlässlich; die auf dem europäischen Wirtschaftsleben lasten. Die finanzielle Berührung kann nicht ohne Hebung der in der Reparationsfrage verfolgten Politik behoben werden. Die Konferenz verlangt auf Grund des vom Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam im März 1921 aufgestellten Programms die Revisión der Reparationsbestimmungen.

Dieses Programm verurteilt die Regelung der Reparationsfrage durch Geldzahlungen und die Illusionen derjenigen, die in einer Anhäufung von Milliardenforderungen das Mittel gefunden zu haben glauben, um Deutschlands Verpflichtungen festzusetzen. Sie erklärt, daß die einzige Lösung, die zu einem schnellen Wiederaufbau führen kann, diejenige ist, welche sich auf die Zusammenarbeit aller Völker gründet und welche

die Last der Reparationen auf die Schulter der Besitzenden, nicht auf die der Arbeiterklasse legt.

Soll der Wiederaufbau erfolgreich in Angriff genommen werden, so darf man sich nicht auf die Hilfsquellen eines Landes beschränken. Die Regelung der Reparationen muß international sein. Sie soll nicht nur die Hilfsquellen Deutschlands in Rechnung stellen, sondern auch aller anderen Völker zur Mitarbeit heranziehen. Um die Deutschland auferlegten Lasten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ist es ferner erforderlich, daß die Ententemächte auf die Erhaltung der Summen für die Kriegsdarlehen sowie auf die militärische Befehung und die Sanktionen verzichten.

Aber die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hängt nicht allein von einer Finanzoperation ab, auch wenn

Notwendigkeiten“ sich für die Suspendierung des Achtstundentages einsetzen... Die bürgerliche Presse Süddeutschlands paradiert täglich mit diesen sachlich wertlosen und politisch unverantwortlichen „Gutachten“ jener hypergeheuten Dilettanten, die von diesen Dingen nichts verstehen und die sich von einem süddeutschen Metallindustriellen, dem Dr. Bosh aus Stuttgart, dem Leiter der weltbekanntesten Boshwerke, eines Besseren belehren und beschämen lassen mußten. Dr. Bosh erklärte nämlich, daß die technische Unzulänglichkeit mancher Industriegruppen und Unternehmungen die Schuld daran trüge, wenn das Produktionsergebnis nicht befriedigend und der Achtstundentag nicht ausreichte. Dem zu begegnen, sei nur eine technisch vollendete Umgestaltung der Betriebe nötig, zu der denn auch die kürzere Arbeitszeit vollauf genüge.

Die deutschen Unternehmer warten nur auf das Signal von Süddeutschland, um in breiter Linie auszuschwärmen und zum Angriff überzugehen. Die Textilindustriellen sitzen schon lange auf der Lauer, um die 46-Stundenwoche zu beseitigen. Großes steht für die deutsche Arbeiterschaft auf dem Spiele. Hier handelt es sich nicht mehr um die Austragung eines lokalen Konflikts, sondern um Kämpfe von weit-

tragender Bedeutung. Der einigen Unternehmerfront muß die geschlossene Arbeiterfront entgegengetreten werden. Die Erfahrung lehrt, daß Kämpfe mit ideellen Zielen von längerer Dauer sind und große Opfer erfordern. Unserer Meinung nach hätte der ADGB, jetzt die Aufgabe, alle gewerkschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, den Kampf der süddeutschen Metallarbeiter weitgehend zu unterstützen und dem Versuch der Unternehmer, den deutschen Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit aufzuzustrohren und den Achtstundentag zu beseitigen, schon in seinen Anfängen einen Niegel vorzuschieben. Die süddeutschen Metallindustriellen müssen belehrt werden, daß auch ihre Macht eine Grenze findet, an der ihre Angriffe zerfallen. Die süddeutschen Metallarbeiter kämpfen auf vorgeschobenem Posten für das ganze deutsche Proletariat, das sich sagen muß: das ist unser Kampf. Euer Sieg ist unser Sieg, euer Untergang trübe uns alle schwer. Diese Gefahr muß gebannt werden. Wir hoffen, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft sich der ganzen Bedeutung und Verantwortung dieser schweren Kämpfe in Süddeutschland bewußt ist und alles einsetzt, ihren süddeutschen Vorkämpfern zum Siege zu verhelfen.

Es noch so großen Stills ist. Es ist unbedingt notwendig, neben der Schaffung internationaler Kredite eine internationale Kontrolle der Verteilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe einzuführen, und zwar zu dem Zweck, den Kauf und Verbrauch der Rohstoffe dem Bereich der privaten Spekulation zu entziehen, sowie die Frachtpreise international zu regeln, zu dem Zweck, die Interessen von Export und Import in Einklang zu bringen. Die Lösung des Rohstoffproblems ist untrennbar von den finanziellen Maßnahmen, die zur Behebung der Weltwirtschaft zu ergreifen sind.

Das Gleichgewicht zwischen den bestehenden Geldwerten kann nicht wieder hergestellt werden, wenn sich nicht alle Nationen zu einer Regelung der Produktion entschließen, die gewährleistet, daß die Rohstoffe bestehenden Nationen die industrielle Lage der armen Nationen nicht immer schwieriger gestalten und es diesen unmöglich machen, zu konkurrieren. Eine beratige Lösung kann nur verwirklicht werden, wenn alle Länder in die Lage versetzt werden, intensiv zu arbeiten, um auf diese Weise für die gestiegenen Rohstoffe und Fabrikate mittels ihrer Arbeit einen Gegenwert bieten zu können.

Diese allgemeinen Maßnahmen, die zu vervollständigen wären, indem der Ausbeutung noch nicht zugeführte oder unvollkommen betriebene Ländereien und Bergwerke von einem internationalen Konzern ausgedeutet werden, würden Europa die Möglichkeit bieten, den Prozeß von Produktion und Austausch zu regeln und durch eine rationelle Verwendung der Arbeitskräfte der verschiedenen Länder die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Nur die oben erwähnten Mittel lassen hoffen, daß die übertriebene Schutzpolitik endgültig verschwindet.

Diese Schutzzölle sind eine der wichtigsten Ursachen, die die Verteuerung der Lebenshaltung, die Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Verminderung ihrer Produktivkraft und die Demoralisierung des Proletariats durch die Wirkung der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit verschulden.

Das zu erstrebende Ziel ist demnach:

1. die Schwierigkeiten zu beseitigen, mit denen die Länder mit schlechtem Wechselkurs in der Beschaffung der für ihre Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den innern Konsum decken zu können und in der Lage zu sein, mit andern Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen; den wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise zeigen, sowie den Gefahren, die er für den Frieden in sich schließt, ein Ende zu setzen;
2. die verschiedenen Nationen dazu zu bringen, im eigenen Lande und unter sich die Produktionen so zu organisieren, daß es möglich sein wird, sie mit den bestehenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die möglichste Entwicklung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen zu erzielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen. Die internationale Arbeiterbewegung gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßnahmen wichtig sind, um die gegenwärtige Krise zu bekämpfen, und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Die Konferenz spricht die einstimmige Überzeugung der Arbeiterorganisationen aus, daß die Abrüstung unumgängliche Bedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Es ist im höchsten Maße beklagenswert, daß nach dem furchtbaren Blutbad des Krieges und trotz der Entlassung Deutschlands der Gesamtbestand der lebenden Weere in Europa sich heute auf 4700 000 Mann gegenüber 3700 000 vor dem Weltkrieg beläuft.

Das bedeutet eine schwere und unproduktive Belastung der Völker und beeinträchtigt den Wiederaufbau der Nationen, die der Krieg hinterlassen hat. Die Verminderung der Rüstungen ist eine der leidenschaftlichsten Forderungen der Völker, nicht allein wegen der Vernichtung von Kräften und Werten, die sie mit sich bringt, sondern auch wegen der schweren Gefährdung des Friedens, die sie bedeutet.

Die Konferenz bedauert, daß die Frage der Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der Konferenz der Regierungen steht. Sie nimmt Kenntnis davon, daß diese Frage der vom Völkerbund eingesetzten besonderen Kommission unterbreitet wurde, und von dieser bereits bearbeitet wird. Sie fordert, daß die Regierungen sich verpflichten, die Arbeiten dieser Kommission zu unterstützen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Erfolg zu sichern und auch hierdurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau des erschöpften Europas zu fördern.

Dieser Aufbau kann nur durch den Frieden gesichert werden und wird nur dann von Wert sein, wenn dadurch endlich Beziehungen zwischen den Völkern hergestellt werden, die diese in einem gemeinsamen Werke vereintigen, daß den durch den Krieg und die neuen Konfliktursachen geschaffene Haß zum Schwunden bringt. Aus demselben Grunde wendet die Arbeiterkonferenz in Genua sich gegen die vom Kapitalismus gemachten Versuche, das zu unternehmende internationale Werk in seinem eigenen Interesse mit Beschlag zu legen. Die Tatsache, daß in den reichen Ländern gebildete Syndikate, Trusts und Konsortien sich der Unternehmungen der verarmten Teile Europas bemächtigen, würde zwischen diesen Nationen neuen wirtschaftlichen Wettbewerb zur Folge haben.

Die Arbeiterbewegung kann eine solche Lösung zugunsten des Kapitalismus, dessen Verantwortlichkeiten in der gegenwärtigen Krise offensichtlich sind, nicht annehmen.

Sie kann auch nicht zulassen, daß die geplante wirtschaftliche Neorganisations als Vorwand benutzt wird, um die von der Arbeiterklasse erzwungenen Vorteile zu schmälern und insbesondere die Konzession über den Arbeitsvertrag oder die Arbeitsbedingungen abzuändern.

Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genua begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft, den Frieden zu sichern, das Elend, unter dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu dienen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.

# Wasser in Poincarés Wein

## Frankreich soll Auskunft geben

(EPA) Genua, 26. April.

Die Lloyd George heute abend durch seinen Sekretär mitteilen ließ, ist die Mehrheit der Alliierten an sich der Ansicht, daß die Zusammenkunft aller Unterzeichner des Versailler Vertrages in Genua unbedingt und so rasch als möglich notwendig ist, um die Maßnahmen zu beraten, die Poincaré in seiner Rede in Versailles angekündigt hat. Großbritannien könne die Tragweite dieser Maßnahmen nicht und hält es für unerlässlich, daß alle Alliierten davon unterrichtet werden. Es wird sich nicht um eine Zusammenkunft des Obersten Rates handeln, sondern um eine Konferenz der Signatarmächte des Versailler Vertrages, von denen die meisten Regierungschefs, Sachverständige und unabhängige Rechtsberater anwesend sind. Die Alliierten müssen die von Poincaré geplanten Maßnahmen vorher kennenlernen. Ihre Ankündigung habe aber eine sehr ernste und gefährliche Lage geschaffen, und die Maßnahmen selbst gingen alle Unterzeichner des Friedens an.

## Juristische Deduktionen zu Poincarés Rede

Die in- und ausländische Presse beschäftigt sich fortgesetzt eingehend mit der Rede Poincarés. In der Agence Havas wird eine halbamtliche Erklärung veröffentlicht, derzufolge sich die französische Regierung auf Grund der Paragraphen 17 und 18 des Anhangs 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages für berechtigt hält, „zu handeln“. Dort sei bestimmt, daß die Reparationskommission, falls Deutschland seine Verpflichtungen verleiht, jeder einzelnen der alliierten Mächte hiervon Mitteilung macht und ihnen dann Maßnahmen vorschlägt. Diese Maßnahmen könnten in wirtschaftlichen und finanziellen Prohibitionen oder auch in allen anderen Vorkehrungen bestehen, die im Belieben jeder einzelnen der beteiligten Mächte liegen. Diese Bestimmung sei nach längerer Debatte durchgesetzt, um hervorzuheben, daß jede einzelne Regierung die Möglichkeit behalte, Entschlüsse zu treffen, die sie für angebracht halte. Das Zusammenarbeiten mit den Verbündeten sei wünschenswert, aber nicht unerlässlich.

Eine amtliche Erklärung der deutschen Regierung, die sich ebenfalls auf den Paragraphen 17 der Anlage 2 bezieht, bestreitet der Reparationskommission das Recht zur Ergründung deutscher Leistungen. Solche Mittel haben nur die in ihr vertretenen Mächte.

„Da aber“, heißt es wörtlich, „die Vorschläge für die Zahl dieser Mittel von dem gemeinsamen Organ ausgehen, kann auch die Anwendung der Mittel nur von den beteiligten Mächten beschlossen werden. Wenn eine Macht von sich aus ohne Verhandlung mit den anderen Mächten vorgeht, so würde sie das ganze Reparationsystem durchbrechen, ebensowenig, wie die einzelne Macht unmittelbar Reparationsansprüche gegen Deutschland geltend machen kann, kann sie auch für sich allein Zwangsmaßnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Die Reparationen stehen der Gesamtheit der beteiligten geantwerplichen Mächte als solcher zu. Das Gleiche muß folglich für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Vertrag etwa für die Vollstreckung der Reparationen vorsieht. Sonst würde sich die widersinnige Folge ergeben, daß ein Staat Ansprüche betreiben könnte, die ihm allein gar nicht zustehen.“

Lloyd George glaubt, wie sein politischer Sekretär Sir Edward Grey englischen Journalisten gegenüber erklärte, sei an die friedliche Gefinnung Deutschlands und Rußlands. Er verbitze sich gewisse Maßnahmen dafür, nach seiner Ansicht würde man Deutschland und Rußland nur dann zu verzweifelten Lösungen treiben, wenn man es ablehnte, sie aus dem Elend zu ziehen. Er hat auch bereits eine Rede angekündigt, in der er zu den Ausführungen Poincarés öffentlich Stellung nehmen werde. Lloyd George hofft nach wie vor zuversichtlich auf einen guten Ausgang der Konferenz in Genua.

## Selbst ohne Frankreich

London, 26. April.

Evening Standard zufolge wird von maßgebenden Kreisen in London bestätigt, daß Lloyd George die Konferenz in Genua auch dann weiterführen werde, wenn Frankreich sich davon zurückziehen sollte.

## Die russische Frage auf dem toten Gleis

(Sonderbericht des „Jntel“.)

Genua, 26. April.

Heute nachmittag fand eine Zusammenkunft der neutralen Mächte statt, die an die Konferenz mit dem Vorschlag herantreten wollten, sich ihrer Dienste zur Aufbahnung einer Verhandlung in der russischen Frage zu bedienen. Es handelt sich um einen ähnlichen Schritt, wie er vor einigen Tagen von diesen Mächten zur Beilegung des Zwischenfalls zwischen Deutschland und den Alliierten unternommen wurde. Man sieht aber einem Erfolg dieser Aktion wenig hoffnungsvoll entgegen, da die Gegenseite in der russischen Frage viel tiefer wurzeln als bei den früheren „Zwischenfällen“. Bemerkenswert ist dieser neue Schritt der neutralen Mächte als eine weitere Etappe auf dem Wege zur Bildung eines Blocks der Neutralen, der ein Gegengewicht vor allem gegen die kleine Entente und auch gegen die Alliierten selber bilden könnte.

## Ischischerin über die Konzessionen Rußlands

„Mehr können wir nicht tun!“

(Sonderbericht des „Jntel“.)

Genua, 26. April.

Ischischerin erklärt in einer Unterredung: „Der Augenblick ist für Rußland von höchster Bedeutung. Die Frage der Wiederherstellung des Privatbesitzes ist in ein kritisches Stadium eingetreten. Wir können das Prinzip der Wiederherstellung des Privatbesitzes nicht annehmen, nicht allein deshalb, weil es mit den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechtes in Widerspruch steht, sondern auch deshalb, weil es insbesondere den fundamentalen Gesetzen der Sowjetregierung zuwiderläuft. Wir haben Entschädigung in der Form von Vorzugsrechten bei der Erteilung von Konzessionen und den enteigneten ehemaligen Kapitalisten als Entschädigungen eine Vorzugsstellung bei ihrer Befähigung an bereits bestehenden Trusts angeboten, wir haben endlich angeboten, alle Beschwerden, soweit sie gerechtfertigt und annehmbar erscheinen, zu untersuchen, vor allem diejenigen, die von Kleinbesitzern russischer Obligationen erhoben werden. Mehr können wir nicht tun! Die schönen

Worte von Frieden und Wiederaufbau enthalten sich heute eben nur als schöne Worte. Die Verwirklichung der großen Projekte, die in tausenden von Reden beleuchtet wurden, sind nunmehr in die zweite Linie gerückt worden gegenüber den Forderungen kapitalistischer Polypen, die davon träumen, aus Rußland eine Kolonie zu machen, um sich auf diese Weise ausschließlich in den Genuß seiner Reichtümer und Naturschätze zu setzen. Rußland ist heute von einem Ringe solcher Polypen umgeben, die ihre Fangarme nach seinen Schätzen ausstrecken, und die Regierungen, die immer von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus Europas und davon sprechen, daß man den Wunsch der Völker nach Frieden und Arbeit erfüllen müsse, geben sich in Wahrheit dazu her, zum Vollstrecker des Willens dieser europäischen Polypen zu werden.“

## Rußland und die Entente-Experten

(Sonderbericht des „Jntel“.)

Genua, 26. April.

Das Expertenkomitee für die russische Frage tagte gestern in Abwesenheit der russischen Delegierten, um eine gemeinsame Antwort zu den am Montag überreichten Gegenvorschlägen festzulegen. Ueber die Sitzung wurde ein Communiqué nicht verbreitet, so daß wieder die tollsten Gerüchte im Umlauf sind. Der italienische Sachverständige Giannini berichtete Pressevertretern über den Gang der Verhandlungen. Die Alliierten und auch Neutrals, wie z. B. Holland, waren sich über die den russischen Gegenvorschlägen gegenüber einzunehmende Haltung vollständig einig. Man werde kein Ultimatum an Rußland richten, aber präzise Antworten auf bestimmte Fragen verlangen.

Es handelt sich vor allem um folgende Punkte: Die alliierten Mächte fordern die Anerkennung der Kriegsschulden, naturgemäß mit Berücksichtigung der schwierigen Lage Rußlands d. h. unter Gewährung entsprechender Erleichterungen. Die Russen erklären dagegen die Vorkriegsschulden nicht anerkennen zu können. Weiter verlangen die Mächte die Anerkennung der Vorkriegsschulden, wobei sie den russischen Wünschen entsprechend bereit sind, ein Moratorium zu gewähren. Hier liegt die Schwierigkeit darin, daß die russische Delegation keine Erklärung darüber abgibt, welche Frist sie für das Moratorium wünsche. Schließlich verlangen die Mächte noch, daß Rußland die Verpflichtung anerkenne, die Ausländern durch die Nationalisierung zugefügten Schäden wieder gutzumachen. Die russische Delegation habe diese Forderung bereits anerkannt, man habe aber noch keine präzise Antwort auf die Frage erhalten, wie Rußland sich die Wiedergutmachung denke.

„Europa Press“ berichtet, daß die russischen Vertreter ein Moratorium von 30 Jahren verlangten. Diese Forderung sei jedoch als unannehmbar bezeichnet worden.

## Ein Burgfriedenspakt

Vom Sonderberichterstatter des Büros Europapress.

Genua, 26. April.

Aus eingeweihten Konferenzkreisen erfahre ich den Vertragsentwurf Lloyd Georges zur Verhütung von Angriffen unter den Völkern, wonach die unterzeichneten Staaten Verpflichtungen übernehmen, deren wichtigster Postus lautet:

Alle Vertragsmächte verpflichten sich, sich jeden Angriffes gegen die Unverletzlichkeit des Gebietes jeder anderen hohen Vertragsmacht zu enthalten. Falls irgendein Angriff in Verletzung der Abmachungen ausgeführt wird, verpflichten sich die hohen Vertragsmächte, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen und jede erreichbare Organisation anzurufen, um den Streifzug, der zum Angriff geführt hat, mit freundschaftlichen Mitteln behandeln, erwägen und regeln zu lassen.

## Ein Schrift der Neutralen

Genua, 26. April.

Der Vertreter der Schweizerischen Depeschen-Agentur erzählt: Heute nachmittag 4 Uhr begaben sich die Vertreter der vormalig neutralen Staaten zum Präsidenten der politischen Unterkommission Schanzer und baten ihn um Mitteilung über die Absichten der fünf einladenden Staaten in der russischen Frage. Der Schrift war diktiert vom Geiste der Mitarbeit und Versöhnung und hatte in keiner Weise den Charakter einer Stellungnahme. Schanzer erklärte, es sei nicht beabsichtigt, ein Ultimatum an die Russen zu richten. Man werde vielmehr versuchen, sich mit ihnen zu verständigen.

## Das Wenn Millerands

Paris, 26. April.

Der Präsident der Republik Millerand hat heute in Philippeville im Aigle eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte, daß Frankreich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands keinerlei Widerstand entgegensetze unter der einzigen und unerlässlichen Bedingung, daß die Entwaffnung und die Reparationen zur Tatsache werden. Millerand erklärte zum Schluß, daß die Alliierten angesichts des Vertrages von Rapallo als nichtig machen würden, was gegen die Bestimmungen des Vertrages von Versailles verstoße, und daß sie ihr Einvernehmen aufrechterhalten würden, um das Friedenswerk zum guten Ende zu führen.

## Neue Forderung an Deutschland

Havas meldet: Die Vorkonferenz hat den deutschen Vorkonferenz gebieten, bei seiner Regierung den Antrag zu stellen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen zur Aufhebung und Überwindung derjenigen Personen an die Internallierte Kommission in Obersteren, die der Teilnahme an den Ereignissen in Petersburg schuldig sind und nach Deutschland geflüchtet sind. Die Konferenz beschloß darauf, daß diesem Antrage unverzüglich Folge gelistet wird, soweit jede Verzögerung geeignet wäre, die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Behörde aufzuwerfen, da sie dadurch sich dem Vorwurf aussetze, die Nichtbeurteilung der Schuldigen zu begünstigen.

# Arbeiter, Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf zur Arbeitsruhe am 1. Mai!

## „Vorwärts“-Noblesse

Der „Vorwärts“ versteht die Meldung über das veränderte Erscheinen der „Freiheit“ mit hämischen Glossen, trotzdem er selber in der gestrigen Morgenausgabe die Mitteilung von der Erhöhung seines Abonnementspreises bringt und sie ebenfalls mit den gestiegenen Selbstkosten begründet. Die „rote Fahne“ dagegen erkennt die Gründe, die uns zu unserem Schritt bewogen haben, durchaus an und bemerkt, daß sie weit entfernt davon sei, ihn aus Parteirücksichten zu begründen. Der „Wilde“ ist auch in diesem Falle der Bessere, d. h. Anständigere. Aber der „Vorwärts“ vermag auch nur „zuversichtlich zu hoffen“, daß er nicht in Kürze zu gleichem Vorgehen gezwungen sein wird. Das ist bereits eine Vorbereitung seiner Leser auf kommende Dinge. Das Blatt verschweigt zudem unsere Mitteilung, daß für den Ausfall des Abendblattes das Morgenblatt der „Freiheit“ verstärkt erscheinen soll. Im übrigen ist uns bekannt, daß die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ ab 1. Mai eine Erhöhung des Abonnementspreises auf 40 Mark vorgeschlagen hatte, der Parteivorstand der SPD. sie dann aber auf 35 Mark herabgesetzt hat. Eine Partei, die ihre allgemeine Agitation durch den berüchtigten Heimatsdienst zum guten Teil aus Regierungsgeldern bestreiten läßt, kann natürlich länger aus Parteimitteln laufende Zuschüsse für ihre Presse leisten, als eine allein auf die Opferwilligkeit ihrer proletarischen Mitglieder angewiesene Partei wie die unsere. Schließlich überlassen wir die „Noblesse“ mit der der „Vorwärts“ zu der Sache Stellung nimmt, getrost dem Urteil seiner eigenen Leser.

## Die Beamten und der 1. Mai

Nach dem Erlaß, der die Erlaubniserteilung für Beamte zum 1. Mai regelt, sollen Gesuche zwar bewilligt, der erteilte Urlaub soll aber auf den allgemeinen Erholungsurlaub angerechnet werden. Die Parteiführer, die hierin steck, wird erst klar, wenn man berücksichtigt, daß bei jeder Behörde der Chef einem Beamten während des Jahres bis zu drei Tagen Urlaub erteilen kann, ohne daß bisher jemals daran gedacht worden wäre, deshalb den Sommerurlaub des Betroffenen entsprechend zu kürzen.

Von jener Vergünstigung machen natürlich vorzugsweise die höheren Beamten einen reichlichen Gebrauch, und ganz besonders ist der „Fagdururlaub“, der oft mehrmals im Jahre erteilt wird, zu einem geläufigen Begriff geworden. Nie und nirgends werden diese Dienstbefreiungen auf den allgemeinen Urlaub angerechnet. Nur bei der Dienstbefreiung zum 1. Mai soll es geschehen! Wer aber glaubt, daß die sozialistischen Beamten sich darüber wundern, der irrt sich. Sie sind auch gar nicht erstaunt darüber, daß Rechtssozialisten, die auf Minister- und ähnlichen hohen Posten sitzen, diese knallende Ohrfeige ruhig hinnehmen. Deren Wade ist durch die täglichen Hiebe, die ihnen von den reaktionären Geheimräten versetzt werden, die aber der Deffektivität nur zum kleinsten Teil bekannt werden, absolut unempfindlich geworden. Wenn der Reichspräsident Ebert schon von seinem Vergnügungsrecht bei Todesurteilen keinen Gebrauch mehr machen darf und dadurch beständig das Programm seiner Partei vor aller Welt verleugnen muß, soll man sich da noch über den Mitarbeitererlaß wundern? —

## Deutsche Justiz

### Aus dem dunkelsten Ostpreußen

Gelegentlich der Justizdebatte im Hauptauschuß des preussischen Landtags brachte der rechtssozialistische Abgeordnete Kuttner den Fall des Stadtverordneten v. Vorkehrers Baum aus Kreis in Ostpreußen zur Sprache.

Baum war als Reuge in einem Verleumdungsprozeß aufgetreten, den jüdische Bürger wegen fortgesetzter Verleumdungen der Juden als „Bücher“ und „Schieber“ angehängt hatten, nachdem die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse verneint hatte. Als Baum unter seinem Namen ausgesagt hatte, daß er dem Baugewerksmeister Godstewski auslose Darlehen gegeben habe, nahm dieser das zum Anlaß, noch der Verhandlung über den Reugen herzufallen und ihn die Treppe vom Gerichtsgebäude hinabzuwerfen. Ein Strafantrag Baums wurde von der Staatsanwaltschaft in Potsdam mangels öffentlichen Interesses abgelehnt, und erst auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft in Königsberg erhielt Godstewski einen Strafbescheid über 50 Mark.

Auch Godstewski stellte Strafantrag, weil er sich durch die Aussage Baums angeblich beleidigt fühlte, und hier griff der Oberstaatsanwalt sofort ein und veranlaßte die Eröffnung einer Hauptverhandlung. Eine Beschwerde Baums wurde abgelehnt, mit der wie schon im obigen Begründung, man wolle ihm Gelegenheit geben, den ganzen Fall vor Gericht aufzurollen.

Dieses verschiedene Vorgehen zeigt wieder einmal mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit, daß von einer Objektivität der Staatsanwaltschaften keine Rede sein kann. Und hier hat die Regierung nicht die Audrede von der Unabsehbarkeit der Richter. Denn die Staatsanwälte sind Beamte und können jederzeit diszipliniert werden. Aber wer glaubt, daß die republikanische Regierung handeln wird?

## Die riesigen Konjunkturgewinne

Ein weibliches Mitglied der deutschnationalen Partei, Frau Beria Hübner, die auf dem Lande wohnt und mit den Verhältnissen in den agrarischen Kreisen genau vertraut ist, läßt sich im „Tag“ über die ungeheuren Umsätze auf dem Lande aus. Sie weist nach, daß die Landwirte enorme Gewinne einstreichen. Es sei, so meint sie, schlimm, daß die riesigen Konjunkturgewinne als eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit hingestellt würden. Man höre ihr erzählt, die meisten im Dorfe prosperieren sich die Stuben voll kostbarer Möbel, Klaviers oder legen ihre Schweine in Brillanten und anderen „Goldwerten“ an.

So steht in Wirklichkeit das vielgerühmte „Hilfswerk“ der deutschen Landwirtschaft, die seit Jahren in Aussicht gestellte „Steigerung der Produktion“ aus.

Frau Beria Hübner meint, es sei ein Sündenpreis, wenn die Bauernfrau sich ruhig drei Mark für das Ei und 40 Mark für die Butter geben lasse. Dieser Preis sei ebensowenig durch die Produktionskosten zu rechtfertigen, wie durch den Anspruch auf rechtfertigten Verdienst. Ein Onkel hätte ihr erzählt, die jetzige Kartoffelernte habe ihm soviel eingebracht, wie sein Gut (300 Morgen) im Frieden wert gewesen wäre.

Frau Hübner betont, als Hausfrau sei sie gezwungen, die Zwangswirtschaft zu schätzen. Diese Schilderungen sagen uns, wie schwer sich Reichsregierung und bürgerliche Parteien an der arbeitenden Bevölkerung verständig haben, daß sie diesen Dingen nicht nur geduldet, sondern durch den Abbau der Zwangswirtschaft geradezu begünstigt haben. Sie sind aber auch ein Beweis, daß es die höchste Zeit ist, zu einer geregelten Wirtschaft zu kommen, in der auch das Interesse der Verbraucher gewahrt werden kann.

## Flüchtlings-„Fürsorge“

In Deutschland gibt es 15 Flüchtlingslager, in denen etwa 40 000 Flüchtlinge untergebracht sind: Deutsche aus den abgetretenen Gebieten, zum Teil Auslandsdeutsche. Die Flüchtlingslager waren vormals zum großen Teil Truppenübungsplätze, zum Teil auch Gefangenenlager. Danach kann man sich wohl denken, wie es mit der Unterbringung der Flüchtlinge etwa bestellt sein mag. Die meisten Holzbaracken gewähren kaum Schutz gegen Regen, gegen die Kälte überhaupt nicht. In schon die Unterbringung schlecht, so war die Verpflegung noch schlechter. Es wurde damit so gehalten, daß die Verpflegung an einen Unternehmer verpachtet war, der die Materialien lieferte und durch irgendeine Flüchtlingsfrau das Essen im Lager kochen ließ. Der Unternehmer hatte natürlich das Bestreben, bei der Beschaffung möglichst viel herauszuschlagen. Wie die Verpflegung dabei ausfiel, auch das ist schwer zu erraten. Jedoch hatte dieses System immerhin noch den Vorteil, daß die Flüchtlinge wenigstens „verpflegt“ wurden und sich um die Essenbeschaffung nicht zu kümmern hatten. Das ist nun anders geworden. Anfang April wurde die Naturalverpflegung gegen eine Barentschädigung abgelöst, und zwar erhalten erwachsene Flüchtlinge 11 Mark, Kinder 7 Mark pro Tag! Man beachte: In einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise mit jedem Tag rasch steigen und ein Loib Brot 15 Mark kostet, ein Ei 4 Mark, 1 Pfund Margarine 30 M., bietet man den Flüchtlingen eine Entschädigung von 11 M. bzw. 7 M. pro Tag! Davon soll sich der Flüchtling nicht nur beköstigen, sondern auch bekleiden. Man sieht sich an den Kopf und fragt sich, wo der Verstand der Zentralfürsorgestellten geblieben ist, als sie sich damit einverstanden erklärten. Durch den langen Aufenthalt im Flüchtlingslager sind Kleidung und Sachen ohnedies stark abgenutzt.

Die meisten Flüchtlinge im Lager haben kaum das Notwendigste mitbringen können und sind bettelarm. Es ist daher kein Wunder, wenn in den Flüchtlingslagern die Verpflegung täglich zunimmt; denn die Flüchtlinge können nicht begreifen, daß sie, nachdem sie alles verloren haben, auch noch schlummer behandelt werden als Verbrecher. Der „Ton“, der in den „Fürsorgestellen“ herrscht, ist unbeschreiblich. Was ist ein Flüchtling, etwas zu erwidern, so ist er auch schon das Dach über seinem Kopf los, er wird einfach aus dem Flüchtlingslager ausgewiesen und geht der „Fürsorge“ verlustig.

Das Allerletzte bei der oben geschilderten famosen „Ablösung“ ist nun aber das folgende: Renteneempfänger, also Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, wird die Rente auf die Verpflegungsentschädigung angerechnet! Ich will das an einem Beispiel illustrieren: Frau Lamprecht, Flüchtling aus Westpreußen, Kriegserwittene mit einem achtjährigen Kind (jüngst im Flüchtlingslager Münster in Westfalen) bezieht monatlich 302 Mark „Rente“. Die Frau bekommt für sich und ihr Kind ferner 18 Mark Verpflegung pro Tag. Das macht monatlich 540 Mark. Von diesen 540 Mark wird die Rente von 302 Mark abgerechnet, und Frau Lamprecht erhält alle 10 Tage für sich und ihr Kind 50 Mark Verpflegungsentchädigung, monatlich also 150 M.! Die 302 Mark dazu gerechnet, hat die Frau 542 Mark den Monat für sich und ihr Kind! Damit soll sie sich beköstigen und bekleiden. Kommentar überflüssig!

Schreiber dieser Zeilen, der selbst Flüchtling ist und in Flüchtlingslagern gelebt hat, kann diesen Fall um Duzende vermehren. Jedoch der eine genügt. Wir fragen hiermit öffentlich bei der Regierung an, ob sie gewillt ist, die Fürsorge in Wahren zu lenken, die menschenwürdig sind, oder ob sie es weiter zugeben will, daß die Flüchtlinge wie Tiere behandelt werden, denen man aus Gnade und Barmherzigkeit einen Brocken zuwirft. Wundern dürfte sich

## 300 Prozent Mietszuschlag Wohnungswucher - Mietssteuer und Reichsmietengesetz

lautet das Thema, über das Reichstagsabgeordneter Bernhard Ruhn in

## öffentlicher Versammlung

heute abend 7 Uhr in den

Prachtkäfen des Ostens, Frankfurter Allee 48 spricht.

Freie Redensprache.

Zur Deckung der Unkosten 1 Mk. Eintritt.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

usw.

die Regierung nicht, wenn eines Tages die Geduld der Flüchtlinge risse, und sich in den Flüchtlingslagern Szenen abspielten, für die die Regierung in diesem Falle die Verantwortung nicht ablehnen könnte. D. S.

## Ein berichtigender Staatsanwalt

Nicht nur gewöhnlichen Sterblichen bietet der § 11 des Pressegesetzes eine beliebige Handhabe, um Zeitungen mit Berichtigungen zu bombardieren, sondern selbst Staatsanwälte, wie das folgende Schreiben beweist:

Berlin, den 28. April 1922.  
R.D. 52, Turmstraße 80.

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht I Berlin  
II. 88, gen. 1540.

An die Schriftleitung der „Freiheit“  
in Berlin G. 2,  
Breite Str. 8.

Gemäß § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

Der Inhalt des Artikels „Ein Gottesgeschick“ in Nr. 179 der „Freiheit“ vom 16. April 1922 ist unrichtig.

Es ist falsch, daß wegen des Mittel des revolutionären Klassenkampfes usw. im „Malauskal“ der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ein Verfahren wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ eingeleitet ist.

Richtig ist vielmehr, daß wegen einer andern Stelle dieses „Malauskal“, welcher die Beamten zum Massenstreik am 1. Mai 1922 auffordert, ein Verfahren aus § 110 Strafgesetzbuch (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Befehle usw.) eingeleitet ist.

Berlin, den 28. April 1922.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I.  
Rindow.

Was ist nun richtig an dieser Berichtigung? Richtig ist, daß wie unser früherer verantwortlicher Redakteur Genosse Densel versichert, die Stelle „Erkennt, daß ihr nur durch das Mittel“ usw. die besondere Aufmerksamkeit des Staatsanwalts gefunden hat, demgemäß gezeichnet war und daß die Beamten bei der Vernehmung auf dem Polizeipräsidium das „Delikt“ als Aufreizung zum Klassenhaß bezeichnet haben.

Weiter ist richtig, daß dem Herrn Generalstaatsanwalt, wie aus dem zweiten Teil seiner Richtigstellung hervorgeht, das Studium der Verfassung sehr angelegentlich zu empfehlen ist. Denn es scheint ihm unbekannt zu sein, daß den Beamten das Recht zum Streik, also auch zum Massenstreik, gewährleistet ist. Beim Eisenbahnerstreik bedurfte es einer — allerdings ungeschicklichen und verfassungswidrigen — Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, um die Strafbarkeit einer solchen Aufforderung zu konstruieren. Diese Ausnahmeverordnung ist aufgehoben. Wenn der Generalstaatsanwalt trotzdem Anklage erhebt, so fehlt dafür jegliche Basis.

## Eine Finanzministerkonferenz

Heute findet in Würzburg eine Konferenz der Finanzminister unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Hermeß statt. An der Konferenz sind außer Reich und Länder auch Gemeinden beteiligt. Es soll eine bessere Regelung für die Verteilung der Reichsteuern zwischen Reich, Ländern und Kommunen gefunden und zugleich erwogen werden, inwieweit Vorschüsse an Länder und Gemeinden endgültig auf das Reich zu übernehmen sind.

## Der gemeingefährliche Landbund

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Neustrelitz, 26. April.

Der Landbund Mecklenburg-Strelitz lehnt Tarifverhandlungen ab, die das Arbeitsministerium angebahnt hatte, weil der Landbund mit dem Deutschen Landarbeiterverein nichts zu tun haben will.

Das ist eine geradezu gemeingefährliche Haltung, die der Landbund einnimmt. Er will die Landarbeiter in das alte Joch zwingen, und er versucht, sein Ziel zu erreichen auf Kosten der Ernährungswirtschaft, wodurch die Nahrungsmittelpreise noch bedeutend verschärft wird. Verhandlungen werden abgelehnt, dafür rufen die Landbändler nach der Reichswehr. Das ist die nackte Diktatur der Junkerklasse in der „demokratischen“ Republik.

## Die Braunschweiger Untersuchung

Braunschweig, 26. April.

Dem Landtag ist bei seinem heutigen Wiederauftreten der Bericht des Untersuchungsausschusses über die von Sepp Dertter gegen Mitglieder des Staatsministeriums erhobenen Beschuldigungen zugegangen. Dem früheren Justizminister Junge wird zur Last gelegt, daß er durch Benutzung eines Automobils für eine Reise nach Dresden die Staatskasse mit fast 5500 M. unnötig belastet habe. Die Richtigkeit anderer Anschuldigungen wird verneint bzw. die Entscheidung dem Landtag überlassen, hingegen wird ihm die Fälligkeit eines Attestes zur Last gelegt. Die Untersuchung in Sachen des Ministers Grothewohl, der eine Urkunde benutzt haben soll, um Dertter zu schützen, hat nichts Belastendes ergeben. Auch gegen das Verhalten des Ministers Antraß, der mehrere dienstliche Autoreisen unternommen hatte, ist nichts einzuwenden; nur wird eine Reise nach Arelenten für unkorrekt gehalten. Bei der Schulpolizei sind nach dem Bericht des Untersuchungsausschusses Dienstautomobile mißbräuchlich benutzt worden und Unregelmäßigkeiten beim Wirtschaftsbetrieb vorgefunden.





# Groß-Berlin

## Ein unerhörter Skandal!

Das nachstehende uns zugegangene Schreiben geben wir ohne Kommentar wieder:

Der Direktor des städtischen Jugendpflegeamtes, Dr. Häußler, veranfaltete am vergangenen Sonntag vormittag im Zirkus Busch ein Volksliederkonzert, an dem 700 Berliner Schulkinder mitwirkten. Da die versandten Einladungen die Firma des städtischen Jugendpflegeamtes trugen, konnte es sich unmöglich um eine private Angelegenheit des Herrn Dr. Häußler handeln. Ich gestatte mir die Frage, ob es einem leitenden Beamten der städtischen Verwaltung erlaubt ist, seine amtliche Eigenschaft, die amtlichen Dienststellen und 700 Volksschüler für eine deutsch-nationale Kundgebung zu mißbrauchen. Soweit Volkslieder gesungen wurden, war der übliche Beifall wahrzunehmen. Als aber der alldeutsche Schmarren „Mein Vaterland muß größer sein“ gesungen war, da brüllte die Begeisterung gaus, da stampfte der Kurrapatriotismus, daß der Zirkus dröhnte. Dann aber kam der große Schlag: ein von einem Mädchen vorgebrachtes Gedicht, in dem die arme vergewaltigte deutsche Rhein betauert und ihm gelobt wird, daß einst ein starkes mächtiges Deutschland ihn erlösen werde. Wiederum Beifall und Füßegetrampel. Rufe erklangen: „Morgenrot!...“ „Nachtig, das Morgenrot steigt, und der brave Reitermann mußte sein junges Leben lassen. Das war die Stimmung, die erreicht werden sollte.

Haben denn diese Leute den Weltkrieg verschlafen? Ist man sich denn nicht klar darüber, daß dieses Unheil aus derselben Stimmung entsprang? Und diese Stimmung wird ausgerechnet vom Direktor des Jugendpflegeamtes genährt? Ist das die Jugendpflege der Stadt Berlin, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit pazifistisch orientiert ist? Ich bin der Meinung, daß wir es hier mit der Diktatur kurrapatriotischer Kreise in den städtischen Verwaltungsstellen zu tun haben, denen einmal mit allem Nachdruck auf die Finger geklopft werden muß!

## Der Oberbürgermeister dementiert

Das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin verbreitet durch B.Z. eine Meldung, nach der Oberbürgermeister Koch in der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung den Ausdruck „verantwortungslos“ nicht gebraucht habe. Dieser Ausdruck sei weder vom Oberbürgermeister, noch von einem anderen Magistratsmitglied gefallen. Demgegenüber behaupten die Stadtverordneten Dr. Koch (M.S.P.) und Koch (R.P.D.) vom Oberbürgermeister dieses Wort gehört zu haben. Erst dadurch ist das Signal zu den tumultuarischen Szenen im Stadtparlament gegeben worden.

## Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder der U.S.P.

Am Freitag, den 28. April, abends 8 Uhr, spricht im Plenarsitzungsaal des Berliner Rathauses (Eingang Königsplatz) Stadtschulrat Paulsen über das Thema: „Der Kampf um unsere Schule!“

Wir weisen in Anbetracht der bevorstehenden Elternratswahlen ausdrücklich auf diesen Vortrag hin.

## Die Fleischversorgung Berlins bedroht

Die Engrosfleischergesellen stehen in einer Lohnbewegung. Am 21. April d. J. hat das Einigungsamt des Gewerbebezirks unter Vorsitz des Magistratsrats Böbling einstimmig einen Schiedsspruch gefällt, in dem festgelegt wird, daß bis zum 1. Mai die Lohnverhandlungen für Mai

abgeschlossen sein müssen. Die Verhandlungen sollten bis zum 25. April beginnen. Das ist bis heute nicht geschehen.

Die Engrosfleischergesellen versuchen in ihren Zeitungen die Sache so darzustellen, als verdienten die Geisellen zu viel. Sollte man ihren Worten Glauben schenken, so tragen an der ungeheuerlichen Steigerung der Fleischpreise vor allem die viel zu hohen Geisellenlöhne die Schuld.

Die man uns aus den zuständigen Organisationskreisen versichert, werden die Schlächtergesellen alles versuchen, um einen Konflikt zu vermeiden. Sollten die Arbeitgeber von ihrem Standpunkt nicht abzubringen sein, so dürfte der Kampf allerdings unausbleiblich sein. Die Verantwortung für die Folgen werden die Arbeitgeber zu tragen haben.

## „Chefredakteur“ Keil

Der schon wiederholt mit Justizhaus vorbeistrasste Herausgeber des berüchtigten Revolverblattes „Neueste Nachrichten“, Arthur Keil, ist bekanntlich vor kurzem wegen Erpressung in zwei Fällen zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Ein reichlich mildes Urteil, denn dieser „Schriftsteller“ hat seine Zeitung dazu benutzt, durch Androhung von Veröffentlichung aus dem Privatleben einzelner Personen von diesen für sein Schmeißen Geld zu erpressen. Um so überraschender ist, daß dieser Mann wegen der bevorstehenden Niederkunft seiner Frau bald nach seiner Verurteilung gegen eine Bürgschaft von 40000 Mark aus der Haft entlassen wurde.

Die anders wurden die vielen Arbeiter behandelt, die wegen politischer Handlungen noch immer in den Gefängnissen schmachten. Diese haben arbeitslos ihre Familien in Not und Elend zurücklassen müssen und selbst bei Todesfällen in der Familie keinen Urlaub erhalten. Die Beurteilung Keils reicht sich der Dittwag von Dirschfelds, des bekannten Erbergerattenäters, würdigen an.

Keil hat nun seinen Urlaub dazu benutzt, sein altes Gewerbe wieder aufzunehmen. Der Herr Chefredakteur“ setzte zahlungsfähige Personen davon in Kenntnis, daß er im Besitz von Material gegen sie sei und lud sie zu Besprechungen in seine Redaktion ein. Dabei ließ Keil durchblicken, daß er „gegen Erlass von Unkosten“ bereit sei, die Artikel nicht erscheinen zu lassen. Die Höhe der Unkosten entsprach immer der Vermögenslage der Angegriffenen. Sehr hoch war sie im Falle einer bekannten Opernsängerin, die anonym den Rückenabzug eines schon gelesenen Artikels zugesichert bekam, in der Keil von der hohen Warte seiner im Justizhaus erworbenen Sittensittenreue sich über das Privatleben der Künstlerin moralisch entäuerte. Auch männliche Besucher eines Schönheitsballetts suchte er durch Androhung der Namensnennung zu einem Darlehen für seine Zeitung zu pressen.

Nun erst sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, einen neuen Haftbefehl gegen Keil zu erlassen. Auf irgendeine Weise muß dieser Wind davon bekommen haben, denn nunmehr begab er sich in ein bekanntes Sanatorium für Gemütskranke in Charlottenburg. Der Leiter dieser Heilanstalt, in der der Aufenthalt täglich 300 Mark kostet, teilte seinem Schützling ein Attentat aus, daß er schwer nervenleidend und unfähig sei. Dieser Arzt muß es mit seinen Pflichten sehr genau nehmen; denn trotz der seinem Pflichten attestierten Distanzhaftigkeit ließ er es zu, daß derselbe Nachtkaffees, Vortämpfe und ähnliche Erbauungsmittel besuchte. Als Keil bei einem gemütlichen Kaffeeklatsch in seiner Wohnung weilte, wurde er verhaftet. Es scheint uns höchste Zeit zu sein, daß sich ein Gerichtsarzt mit dem seltsamen Nervenzustand dieses Mannes und mit der noch seltsameren Heilmethode seines Nervenarztes beschäftigt. Aufzuklären wäre noch, woher dem „Patienten“ die Mittel für seinen Sanatoriumsaufenthalt zugeflossen sind.

Auch der von Keil gegen ein klägliches Gehalt angestellte „Schriftsteller“ Hendrich ist wegen Erpressungen verhaftet worden. Er hatte nicht nur die Verpflichtung übernommen, die von Keil herausgegebenen Zeitung zu redigieren, sondern auch in einer von Keil herausgegebenen Sportzeitung einen fortlaufend erscheinenden Roman zu schreiben, für den Arthur Keil als Verfasser zeichnete.

Diese Affaire leuchtet bligartig in eines der dunkelsten Kapitel der Reichshauptstadt hinein. Es gibt noch eine ganze Reihe solcher Revolverblätter in Berlin, die offen und verhält von Erpressungen leben oder

durch sensationell aufgemachten Appell an rohe Sinnlichkeit Absatz finden. Es liegt durchaus im Interesse der breitesten Öffentlichkeit, daß solche infamen Gestalten wie Keil und Konforten dauernd unschädlich gemacht werden. Der Staatsanwaltschaft gegenüber aber muß der Vorwurf erhoben werden, daß sie, wie der Fall Keil beweist, durch leichtfertige Urteilserteilung einen solchen fragwürdigen Gestalten auf die geplante Menschheit losgelassen hat.

## Zur Maiseier

Sprech-Chor für die proletarischen Feiertage.

Die Übungsstunde am Donnerstag abend, 7.30 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, statt. Wegen der Mitwirkung des Sprech-Chors bei der Maiseier ist es notwendig, daß sich noch viele beteiligen. Männer, Frauen und Kinder erscheint daher in großer Zahl am Donnerstag zur Übungsstunde.

Stadtverordneten-Fraktion. Heute nachmittag 4 Uhr findet eine Fraktionsstimmung im Rathaus, Zimmer 109, statt. Erscheinen dringend notwendig.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Kursus des Genossen Stein über: „Die soziologischen Grundlagen des Marxismus“ kann heute nicht beginnen, weil der Raum nicht zur Verfügung steht. Er beginnt aber bestimmt am nächsten Donnerstag, den 4. Mai, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule. Die bisherigen und die neuen Hörer werden gebeten, dies zu berücksichtigen. — Der Kursus „Sozialrevolutionäre Philosophie“, Vortragsgeber: Dr. Hellmuth Falkenfeld, beginnt morgen, Freitag, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule. Neue Teilnehmer können sich im Kursusabend melden. Der Hörerbeitrag beträgt für den Kursus 7.50 Mark.

„Kerzliches aus der Kinderstube des Kleinkindes“. Am Freitag, den 28. April 1922, abends 7 1/2 Uhr, wird vom städtischen Gesundheitsamt ein weiterer Lichtbildvortrag in der Realschule Boddinstrasse veranstaltet. Privatdozent Dr. Dregler wird als Vortragender wiederum eine Reihe zweckmäßiger ärztlicher Ratschläge zur gesunden Erziehung des Kindes geben. Der Besuch dieses Vortrages, der durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt wird, ist kostenlos.

Keine Beschränkung des Süßstoffbezuges. Das vom Reichstag verabschiedete Süßstoffgesetz scheint in Handelskreisen mehrfach die Auffassung hervorgerufen zu haben, daß bei Inkrafttreten des Gesetzes der Absatz von Süßstoff wieder wie vor Kriegsausbruch nur an Apotheken und an solche Personen zulässig sein soll, die eine amtliche Erlaubnis zum Bezuge von Süßstoff besitzen. Wie uns demgegenüber von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist nicht beabsichtigt, an dem derzeitigen Zustand, wonach Süßstoff ohne Beschränkung und ohne Erlaubnis frei bezogen und verkauft werden kann, auch nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Änderung eintreten zu lassen.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Gestern abend wurde die 77 Jahre alte Frau Anna Sch. in der Wohnung ihres Sohnes in der Jordanorfer Straße in der Nähe tot aufgefunden. Die Greisin hatte sich erhängt, vor der Tat aber noch die ganze Wohnungseinrichtung demoliert und u. a. auch die Tischdecken, Betten und das Sofa zerstückelt. — Im Zustande geistiger Umnachtung vergiftete sich gestern vormittag die Witwe Hedwig Sch. in ihrer Wohnung in der Vorklagener Straße mit Gas. Als man sie auffand, war sie bereits tot. — Der 21 Jahre alte Knopfmacher Hans R. veruchte sich in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr in der elterlichen Wohnung in der Reichenberger Straße zu erschießen. Die Kugel ging aber fehl. Darauf öffnete er die Gasbatterie und schüttete sich mit einem Raufwerkzeug die Pulverbatterie am linken Handgelenk durch. Er wurde von seinem Vater überrascht und an der weiteren Ausführung seines Vorhabens verhindert. — Aus Liebeskummer vergiftete sich gestern vormittag die 59 Jahre alte Margarete K. in ihrer Wohnung in der Schönhauser Allee mit Gas. Wiederlebungsversuche hatten keinen Erfolg. — In der elterlichen Wohnung in Spanbau hoch sich gestern nachmittag das 17 jährige Fräulein Margarete Sch. eine Revolverkugel in den Kopf. Sie wurde in schwerverletztem Zustande nach dem Lymar-Krankenhaus transportiert.

## Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin

(37. Fortsetzung.)

Der Soldat Tussajew lief herzu und nahm den Fuchs in Empfang. Die Dame schob die Beistische hinter den Gürtel und sagte, die Arme vorstreckend:

„Gib sie mir her!“

„Ich werde sie selbst hineinragen.“

„Nanu!“ schrie sie mich an wie ein Pferd und stampfte mit dem Absatz auf die Treppenstufe auf. Die Kleine erwachte, sah die Mutter an und streckte gleichfalls die Arme aus. Sie gingen hinein.

Ich war es gewöhnt, daß man mich anschrte, daß aber auch diese Dame es tat, war mir unangenehm. Alle Welt gehorchte ihr, wenn sie auch nur ganz leise etwas befohl.

Nach ein paar Minuten rief mich das schielende Stubenmädchen herein — die Kleine wolle durchaus nicht schlafen gehen, ohne mir eine gute Nacht gesagt zu haben.

Mit einem Gefühl des Triumphes betrat ich das Wohnzimmer. Die Kleine sah auf dem Schoße der Mutter, die sie mit stinken Händen auszog.

„Nun, da ist es also, dein Wundertier,“ sagte sie.

„Das ist kein Wundertier, sondern mein Junge...“

„Ach sieh doch! Das ist ja reizend. Wir wollen deinem Jungen etwas schenken — willst du?“

„Ja.“

„Schön, ich will das besorgen — du aber geh' jetzt schlafen!“

„Leb' wohl bis morgen!“ sagte die Kleine und reichte mir die Hand. „Wollt schüße dich bis morgen!“

„Wer hat dich das gelehrt — die Großmutter?“

fragte die Dame erstaunt.

„Ja...“

Die Kleine wurde nach ihrem Zimmerchen gebracht, mir aber winkte die Dame mit dem Finger und fragte:

„Was soll ich dir schenken?“

Ich sagte, sie brauche mir nichts zu schenken, doch würde ich sie bitten, mir ein Buch zu leihen.

Sie hob mit ihren warmen, duftenden Fingern mein Kinn empor und fragte anmutigem Lächeln:

„Ach sieh doch! Du liest also gern? Was für Bücher liest du denn?“

Sie war noch schöner als sonst, wenn sie lächelte. Ich nannte ihr verlegen die Titel einiger Romane.

„Was gefällt dir an diesen Büchern?“ fragte sie, die Hände auf den Tisch legend und leise die Finger bewegend.

Ein seltsamer Duft, halb nach köstlich riechenden Blumen und halb nach Pferdehweiss, ging von ihr aus. Sie sah mich durch die langen Wimpern ernst und nachdenklich an — noch niemand hatte mich bisher so angesehen.

Das Zimmer war mit eleganten, weichen Möbeln eng verstellt und bekam dadurch etwas von einem Vogelneest. Die Fenster waren von dem dichten Laub der Zimmerblumen beschattet, die schneeweißen Nacheln des Ofens schimmerten aus dem Halbdunkel, daneben leuchtete mit mattem Glanze der schwarze Flügel, und von den Wänden blickten aus verblühten Goldrahmen altertümliche, in großer altslawischer Schrift ausgeführte Urkunden, an denen riesige dunkle Siegel mit Schnüren befestigt waren. Alle diese Gegenstände schienen auf die Frau, die da mitten zwischen ihnen saß, mit derselben Ehrfurcht wie ich selbst zu blicken.

Ich erklärte ihr, so gut oder schlecht ich's verstand, daß das Leben so schwer und traurig sei, und daß man dies beim Bücherlesen vergesse.

„Ach sieh doch!“ sagte sie und stand auf. „Nun hör' einer! Das ist gar nicht übel gesagt, und es ist auch richtig... Gut — also ich werde dir Bücher geben, doch habe ich augenblicklich keine da... Oder, halt! Vielleicht nimmst du dieses da...“

Sie nahm ein zerlesenes Buch in gelbem Umschlage vom Divan.

„Wenn du es ausgelesen hast, gebe ich dir den zweiten Teil, im ganzen sind's ihrer vier...“

Ich empfahl mich, das gelbe Buch in der Hand — es waren des Fürsten Meschtscherstij „Geheimnisse von Petersburg.“

Ich las den Band mit großer Aufmerksamkeit, war jedoch schon nach den ersten Seiten nicht im Zweifel darüber, daß die „Geheimnisse“ von Petersburg beträchtlich langweiliger waren als die von Madrid, London oder Paris. Nur die Fabel von der Freiheit und dem Knüppel machte mir Spaß:

„Ich bin mehr als du,“ sagte die Freiheit, „weil ich klüger bin als du.“

Sie stritten so lange, bis sie sich zu fassen kriegten. Der Knüppel verprügelte die Freiheit, die, soweit ich mich entsinnen kann, an den erhaltenen Schlägen im Spital verstarb.

Das Buch handelte vom Nihilismus. Nach der Schilderung des Fürsten Meschtscherstij ist ein Nihilist ein Mensch, der so durch und durch giftig ist, daß die Hühner an seinem Blide sterben. Das Wort „Nihilist“ fühner mir als etwas Beleidigendes und Unanständiges. Im übrigen verstand ich vom Inhalte des Buches so gut wie nichts, alles ging mir wie ein Mühlrad im Kopfe herum. Offenbar war es mir nicht gegeben, gute Bücher zu begreifen; daß das Buch gut war, bezweifelte ich nicht einen Augenblick, eine so vornehme und schöne Dame hätte doch keine schlechten Bücher gelesen!

„Nun, hat es dir gefallen?“ fragte sie, als ich ihr das gelbe Buch zurückbrachte.

Es wurde mir nicht leicht, ihr mit „Nein“ zu antworten, doch tat ich es ehrlicherweise. Ich dachte, sie würde böse werden, aber sie lächelte nur, ging hinter die Portiere, die ihr Schlafzimmer von dem Wohnraume schied, und kehrte mit einem in blaues Saffianleder gebundenen kleinen Bande zurück.

„Hier, das wird dir gefallen, — aber beschmutze es nicht!“

Es waren Puschkins Gedichte. Ich las sie alle hintereinander in einem Zuge, ganz erfüllt von jenem leidenschaftlichen Verlangen, das man beim ersten Anblick einer schönen Landschaft empfindet: alles, jeden Zoll breit, jeden Punkt auf einmal abzulaufen und zu schauen. (Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschaftliches

### Unternehmervorstoß zum 1. Mai!

Das deutsche Unternehmertum, das besonders vor dem Kriege mit Aussperrungen gegen die deutsche Arbeiterschaft vorging, wenn sie sich vornehmlich ihren selbstgewählten Feiertag, den 1. Mai, zu feiern, fängt wieder an, in reaktionären Bahnen zu wandeln und sich ähnliche Methoden zu leisten wie ehemals. Uns liegt ein Rundschreiben Nr. 25/22 des Nordostdeutschen Textilarbeitergebetverbandes E. V. vom 20. April 1922 vor, das sich an die „Herren Arbeitgeber betreffend den 1. Mai“ wendet. Das Schreiben erklärt zu dem im „Vorwärts“ erschienenen Aufruf zum 1. Mai, daß die angebotene Arbeitgeberschaft das Verlangen auf Betriebsruhe am 1. Mai strikt abzulehnen und die Betriebe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten habe. — Selbst wenn die Maschinen den Dienst verweigern sollten, so sind die Betriebe trotzdem offenzubehalten und die arbeitswilligen Arbeiter mit Auftrags- und Reinigungsarbeiten zu beschäftigen. Eine Bezahlung läßt sich nicht in Betracht. Sollten Angehörige ohne ausreichende Entschuldigung am 1. Mai fernbleiben, so wird die menschenfreundliche Maßnahme empfohlen, ein Fünfundzwanzigstel des Monatsgehalts für den ausgefallenen Tag abzugeben. Ebenso sind alle Forderungen abzulehnen, den Arbeitsanfall am 1. Mai an einem anderen Feiertag nachzuholen.

Wir hoffen, daß dieses erbärmliche Verhalten der Textilindustriellen die gesamten Textilarbeiter und auch die Angehörigen nicht davon abhalten werden, den 1. Mai reiflos und würdig zu feiern. Mögen dann die Herren Chefs mit ihren Proturisten Puhappen in die Hand nehmen und Maschinen usw. reinigen. Die Mitarbeiter sollen das nicht weiter hören. Sollten die nordostdeutschen Textilarbeiter sich noch ein übriges Tänzchen leisten wollen, nun wohlan, die Gesamtarbeiterschaft wird dem zu Begegnen wissen.

### Maisfeier der Holzarbeiter! Bezirke des Ostens!

Der Bezirksleiter teilt mit: Sämtliche Kollegen treffen sich möglichst vor ihren Betrieben. Die Aufstellung des Zuges erfolgt für Osten II, Osten III und östliche Vororte auf der Mittelpromenade der Warschauer Straße, und zwar: Bezirk Osten II zwischen Romintener und Kopernikusstraße, Bezirk Osten III zwischen Bogdgener und Romintener Straße, Bezirk östliche Vororte zwischen Frankfurter Allee und Bogdgener Straße, Bezirk Nordosten am Ballenplatz, Bezirk Osten I Mittelpromenade der Frankfurter Allee zwischen Koppen- und Andreasstraße, Klavierarbeiter auf dem Andreasplatz. Der Abmarsch der Ostbezirke erfolgt um 9 Uhr, und zwar biegt die Spitze von der Warschauer Straße in die Frankfurter Allee und bewegt sich durch die Andreasstraße bis

zum Grünen Weg, wo sich die Klavierarbeiter anschließen zum Kölnischen Park. Jeder Bezirk hat eine Anzahl Ordner zu stellen, welche die notwendigen Anweisungen geben. Es empfiehlt sich, daß die Bezirke und Branchen bei der Aufstellung Erkennungstafeln aufstellen.

### Kupferschmiede, auf zur Wahl!

Mit der Bitte um Veröffentlichung erhalten wir folgenden Wahlaufruf:

Den Mitgliedern gehen in diesen Tagen die Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung zu. Pflicht aller auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, daß nur Kollegen gewählt werden, die auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeit stehen. Unsere Generalversammlung in Gassel hat sehr weitgehende Beschlüsse zu fassen. Von der Zusammensetzung der Delegierten wird es abhängen, ob wir in Zukunft, wie bisher, ein fester Baustein der deutschen Gewerkschaften sein werden oder ob auch unsere kleine Berufsorganisation ein Spielball der kommunistischen Phrasenologie werden soll.

Am Donnerstag findet auch unsere Mitgliederversammlung statt. Wer diese in der letzten Zeit regelmäßig besucht hat, wird sich allen Ernstes auch einmal die Frage vorlegen müssen, ob denn das, was sich in diesen Versammlungen in letzter Zeit immer wieder abspielt, in Zukunft weiter gehen darf oder ob da nicht auch einmal unseren Freunden von links gefahrt werden soll: Bis hierher und nicht weiter! Kritik soll und muß geübt werden. Wenn aber die Kritik jede Sachlichkeit vermissen läßt, wenn sie weiter nichts ist als eine Wiederholung der von der Münzstraße ausgehenden Parolen, wirkt sie ad hoc.

Diesem Zustand muß abgeholfen werden, wenn alle Kollegen, die auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeit stehen, die Versammlungen besuchen. Sie haben auch die Pflicht, auszuhalten, damit bei wichtigen Abstimmungen auch sie ihre Stimme in die Waagschale werfen können.

Nur dann wird ein etwas ruhigerer und sachlicher Verlauf der Versammlungen möglich sein. Da auch Ergänzungswahlen zum Vorstand vorgenommen werden müssen, ist es Pflicht aller auf unserem Boden stehenden Kollegen, dafür zu sorgen, daß, wie bei der Wahl im Dezember, nur solche Kollegen gewählt werden, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. Darum, Kollegen, die Augen auf!

### Gemeindearbeiter nehmen den Schiedspruch an

Das Tarifkartell teilt uns mit: Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums für die Gemeindebetriebe ist angenommen. Bei einer Abstimmung von etwa 60 % für die Gemeindebetriebe wurden insgesamt 30.651 Stimmen abgegeben.

Für Annahme des Schiedspruches stimmten 14.755 Stimmen, für Streik 15.080 Stimmen, ungültig waren 816 Stimmen.

Das Lohnkartell hat unter diesen Umständen dem Reichsarbeitsministerium die Erklärung zugehen lassen, daß der Schiedspruch vom Tarifkartell angenommen wird.

### Techniker und Maisfeier

Die Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten treffen sich Montag, den 1. Mai vormittags 10 Uhr an folgenden Sammelstellen:

Platz vor dem neuen Tor, Pilsowplatz (Volkshaus), Blücherplatz, Dönhofsplatz, Straußberger Platz, Abmarsch nach den Luigarten Punkt 10 Uhr. Datum D. S. D. Groß-Berlin.

USPD. Bekleidungsarbeiter. Versammlung der im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Genossen und Genossinnen am Freitag, den 28. April 1922, abends 7 Uhr im Gymnasium Niederkirchstr. 12, Hof rechts. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Gewerkschaftstagesverbandstag und zur kommenden Generalversammlung.“ Als Ausweis dienen Partei- und Verbandsbuch. — Der Fraktions-Vorstand.

USPD. Feuerwehr. Am Freitag, den 28. und Sonnabend, den 29. d. M., große öffentliche Versammlung aller Feuerwehrbeamten in der Schulaula Koppenplatz 12, 5 Uhr. Referent: Genosse Jubel.

Gewerkschafts-Unterkommission Beisenjee. Demonstration am 1. Mai. Treffpunkt am Anton-Platz vormittags 9 Uhr. Abmarsch 9.30 Uhr.

Betriebsrätschule (Seminar Privatwirtschaftslehre). Der Kursus findet wie üblich am Donnerstag statt.

### Parteiveranstaltungen

#### Donnerstag, den 27. April.

5. u. 6. Bezirk. Elternbeiräte, Bezirksleiter, Genossen und Genossinnen, die sich als Elternbeiräte aufstellen lassen wollen, sowie Helfer für den Wahlkampf sehr wichtig. Sitzung abends 7 Uhr bei Schmidt, Diefelstraße 17.  
6. Bezirk. Abends 7 Uhr, Bezirks-Generalsammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes. Bezirksleiter müssen einladen. Die Versammlung findet Waldener Straße 20-21, Schulaula, statt.  
7. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirkskonferenz der Genos. Ballenstraße 37. Die Bezirksleiter haben einzuladen.  
7. Bezirk. Abends 7 Uhr, Ballenstraße 37, bei Garus, Bezirks-Konferenz.  
14. Bezirk. Abends 7.30 Uhr, Sitzung der Kreis-Kommission. Die Genossen, die sich zur Kontrolle für unsere Nachmittagsversammlung gebildet haben, müssen ebenfalls um 8 Uhr bei Härtner, Schwedter Straße, erscheinen.  
14. Bezirk. Abends 7.30 Uhr, Sitzung der Kreis-Kommission bei Härtner, Schwedter Straße 23. Genossen, welche bereit sind, am 1. Mai zur Kontrolle zu gehen, werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen.  
Klosterberg, Stadt und Land. Abends 7 Uhr, im Rathaus, Klosterbergstraße 6, Zimmer 25, Zusammenkunft der Kommunalen Kommission. Vortrag des Genossen, Stadtrat Döple, über das „Reichsmittelgebot“, Stadt- und Bezirksverordnete, sowie Bürgerbeiräte, müssen erscheinen.

### Vereinskalender

#### Donnerstag, den 27. April.

Zobelezer. Nachmittags, 6 Uhr, Betriebsräte-Konferenz in den Zobel-Eisen (Wesche Haus), Gopplenhöhe 17-18, Bericht der Lohnkommission. Jeder Betrieb muß unbedingt vertreten sein.  
Verband Holzgewerbet. Heute 7.30 Uhr, Riesenwallstraße 12, Vortrag des Genossen Fr. Hinder, „Einfluß der Wärme auf Wärme und Arbeit.“ — Bitte ganz pünktlich.  
Gewerkschaft der Schuhmacher. Abends 6.30 Uhr, Betriebsräte-Konferenz Sitzung bei Dentschel, Adreßstraße 127a.  
Verantwortlich für die Redaktion Emil Kaudz, Berlin; für den Inhaltenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Rosenthaler, Berlin. — Bezugs-Gewerkschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

# Billige Preise für hochwertig Frühlingskleidung

<b>Schlüpfer und Raglans</b> aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen ..... Mk. 1800, 1900, 1400	<b>1200<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Anzüge</b> mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter ..... Mk. 1500	<b>1350<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Anzüge</b> aus gutem farbigen Wollstoff, in all. Fassons u. Preislagen v. Mk.	<b>250<sup>00</sup></b>
<b>Schlüpfer und Raglans</b> aus prima Stoffen in bester Verarbeitung ..... Mk. 3000, 2600, 2400, 2220, 2000	<b>1900<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Anzüge</b> mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen ..... Mk. 1800, 1500	<b>1350<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Anzüge</b> aus blauem Cheviot und Kammgarn in nur gut. Qualität von Mk.	<b>525<sup>00</sup></b>
<b>Paletots</b> aus marengo Cheviot Mk. 3000, 2600, 2400, 1900, 1650	<b>1500<sup>00</sup></b>	<b>Bozener Mäntel</b> für Herren, aus prima Strichloden ..... von	<b>750<sup>00</sup></b>	<b>Burschen-Anzüge</b> aus farbig. Wollstoffen von Mk.	<b>320<sup>00</sup></b>
<b>Sport-Paletots</b> aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert. Mk. 3000, 2600, 2400, 1900	<b>1800<sup>00</sup></b>	<b>Bozener Mäntel</b> für Damen, aus Strichloden ..... von	<b>550<sup>00</sup></b>	<b>Burschen-Anzüge</b> in Jackett- und Sportform, aus nur guten Qualitäten von Mk.	<b>560<sup>00</sup></b>
<b>Paletots</b> Biedermeyerform, aus farbigen Stoffen ..... Mk. 250, 225, 200	<b>2200<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> gestreift, außergewöhnlich billig ..... Mk. 375, 325, 300	<b>180<sup>00</sup></b>	<b>Jünglings-Anzüge</b> jeder Art und Qualität, aus guten farbigen Stoffen von Mk.	<b>900<sup>00</sup></b>
<b>Rockpaletots</b> aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von ..... Mk. 750, 650, 600, 550, 475	<b>3500<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> aus gestreiftem Satin und Kammgarn ..... Mk. 750, 650, 600, 550, 475	<b>275<sup>00</sup></b>	<b>Jünglings-Anzüge</b> aus blauem Cheviot von Mk.	<b>850<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> aus guten farbigen Stoffen in vielen Mustern Mk. 1800, 1650, 1400	<b>1200<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> aus prima Stoffen, für Cutaways ..... Breechesform, aus gutem Manchester	<b>400<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Pyjacks</b> aus gutem blauem Cheviot und Tuchstoff von ..... Mk.	<b>670<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> in den neuesten Mustern u. Farbenstell. Mk. 2500, 2400, 2200, 2000	<b>1900<sup>00</sup></b>	<b>Sporthosen</b> Breechesform, aus gutem Manchester ..... Mk. 675, 650	<b>300<sup>00</sup></b>	<b>Knaben- und Burschen-Pelerinen</b> aus Strichloden von ..... Mk.	<b>200<sup>00</sup></b>
<b>Jackett-Anzüge</b> aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung, Ersatz für Maß ..... Mk. 3500, 3000, 2700	<b>2600<sup>00</sup></b>	<b>Sommer-Loden-Joppen</b> von ..... Mk. 450 <sup>00</sup>	<b>450<sup>00</sup></b>	<b>Strohhitze, Sportheimden, Rucksäcke, Oberhemden, Krawatten</b> in großer Auswahl, sehr preiswert!	
		<b>Ruder-Jacketts</b> aus gutem blauem Cheviot ..... Mk. 1000	<b>850<sup>00</sup></b>		

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

# BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

**Demnächst erscheint! E. Varga Demnächst erscheint!**

## Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft

(Zweite vermehrte und umgearbeitete Auflage)

**Inhalt:** Vorwort. — I. Die Veränderungen der Weltwirtschaft durch den Krieg: 1. Die Grundtatsachen der Weltwirtschaft vor dem Kriege. — 2. Verschiedene Folgen des Weltkrieges auf verschiedene Länder. a) Kriegsführende Länder. b) Die neutralen kapitalistischen Länder. c) Die Industrialisierung der Kolonialländer. — II. Die Hochkonjunktur nach Kriegsende. — III. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise: 1. Wirtschaftskrise und Einkommensverfall. — 2. Die Zerstückelung des Weltmarktes. 3. Die Ausdehnung der Krise und die Arbeitslosigkeit. IV. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft seit Kriegsausbruch: 1. Deutschland und die mitteleuropäischen Staaten. 2. Die Entente-Länder. — V. Die Arbeitslosigkeit seit Kriegsbeginn. — VI. Das Krisenjahr 1921: 1. Die Wirtschaft des Jahres 1921. 2. Die Tendenz der Entwicklung im Jahre 1921. — VII. Symptome der Besserung während des Jahres 1921. — VIII. Tendenzen und Bestrebungen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise: 1. Die immanenten Überwindungstendenzen in der Weltwirtschaft. 2. Die Reparationsfrage. 3. Tendenzen zur Ausdehnung der Preise landwirtschaftlicher und industrieller Produkte. 4. Anpassungstendenzen an die veränderte Einkommensverteilung. — 5. Die Überwindung der überhöhten Industrialisierung. 6. Tendenz zur Überwindung der Krise durch Kapitalexport. IX. Die besten Bestrebungen zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts: 1. Abbau der weltwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit. 2. Erschließung neuer Märkte für den Kapitalismus. 3. Organisierte Wiederanrichtung der Produktion in den Unterproduktionsgebieten. — X. Die neuen Russland und die Weltwirtschaftskrise. — XI. Überwindungsversuche auf Kosten des Freiheits. — XII. Vom kommenden Weltkrieg. — XIII. Die Bilanz der drei Nachkriegsjahre. — Sachregister. **Ca. 145 Seiten.**

PREIS: 30.— M. geb., 20.— brosch. (Organisations: 20.— M. geb., 12.— M. brosch.)

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

## 100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift

### Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breitestr. 8-9

### Werbt für unser Blatt!

**Auf bequeme Teilzahlung**

Für Herren:  
**Anzüge / Hosen / Schlüpfer**  
in besten Qualitäten, solideste Ausführung

Für Damen:  
**Mäntel / Kostüme / Kleider**  
**Röcke und Jumper**

## Grebler

Weinbergsweg 4  
a. Rosenthaler Platz

Wochentags von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.